

Islam und Demokratie-Ist der türkische Islam ein Exportmodell?

Bülent Arslan

Das Thema, über das wir diskutieren, ist in den letzten Wochen auf der gesellschaftlichen Agenda in Deutschland. Ich weiß nicht, inwiefern diejenigen von Ihnen, die in der Türkei leben, die Diskussion verfolgt haben. Wir haben eine breite Debatte in Politik und Gesellschaft über das Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen in Deutschland. Unabhängig von den Ereignissen der letzten Tage, kann man, wenn man die letzten zehnfünfzehn Jahre Revue passieren lässt, in Deutschland sehr wohl beobachten, dass die Distanz zwischen Muslimen und Nichtmuslimen, die Distanz zwischen Muslimen und Christen sehr stark zugenommen haben.

Allensbach hat vor einigen Wochen eine Umfrage durchgeführt, bei der die Frage gestellt wurde, „wenn Sie das Wort Islam hören, woran denken Sie?“ Mehrfachnennungen waren dabei zugelassen. 93% sagten „Unterdrückung der Frau“, 83% „Terror“, 82% „fanatisch-radikal“, 70% gefährlich, 66% „rückwärtsgewandt“. Erst auf Platz sechs kommt das erste positive Merkmal: mit 45 % wurde hier „Gastfreundschaft“ genannt.

Diese Umfrage zeigt, welches Bild des Islam existent ist. Ich will nicht sagen, dass wir einen Kampf der Kulturen in Deutschland hätten. Aber ich denke, man kann zumindest eine recht deutliche Bildung von Fronten beobachten. Die einzelnen Ereignisse, angefangen mit dem 11. September und all die Dinge, die danach passiert sind, jetzt die Ereignisse in Holland, führen eben dazu, dass diese Frontenbildung sich weiter verhärtet. Die Reaktion der Politik ist derzeit so, dass sehr stark darüber diskutiert wird, warum die Integration in Deutschland nicht geklappt hat. Die Themen wie Islam spielen zunehmend eine große Rolle in den politischen Diskussionen. Ich erinnere nur an Diskussionen, die wir am Rande in den letzten Wochen in Deutschland miterleben konnten. Diskussionen über die strafrechtliche Verfolgung der Zwangsehe, die Frage, ob bei einer Mehrehe die zweite, dritte, vierte Frau Anspruch auf Sozialhilfe hat usw.

Die Frage, ob Islam und Demokratie vereinbar sind wird in Deutschland natürlich überall diskutiert und gestellt. Ich denke, dass der Islam nicht vorschreibt, dass man in einer Demokratie lebt, aber der Islam lässt durchaus Freiräume für Demokratie. Wenn man sich die islamische Welt ansieht, dann erkennt man leider, dass in den wenigsten Ländern diese Freiräume genutzt werden. Wenn wir über das türkische Modell reden, dann denke ich, ist das Modell in der Türkei das einzigartige Modell, wo diese Freiräume am weitesten genutzt werden.

Ich bin Vorsitzender des deutsch-türkischen Forums. Das deutsch-türkische Forum ist eine Organisation innerhalb der CDU. Wir haben vor einigen Monaten ein Papier herausgebracht mit der Überschrift „Christlich-demokratische Islampolitik für Deutschland“. Da haben wir zum einen aufgelistet, wo wir die Probleme sehen und zum anderen aufgezeigt, was denn gemacht werden muss. Wir haben in diesem Papier sehr deutlich erklärt, dass wir für das türkische

Islammodell sind. Wir haben uns darin deutlich für das türkische Islammodell ausgesprochen. Die entscheidende Frage ist natürlich, was verstehen wir darunter. Aus unserer Sicht sind drei Dinge wichtig: Das Eine ist die Trennung von Staat und Religion, das Zweite die Religionsfreiheit im politischen und gesellschaftlichen Sinne und das Dritte ist – was meines Erachtens ebenfalls sehr wichtig ist – die Schaffung von Strukturen und die Schaffung einer Ordnung. Wenn man diese drei Dinge nimmt, dann kann ich Ihnen schon sagen, dass wir innerhalb unseres Verbandes, aber auch darüber hinaus in der Partei einen Streit darüber hatten, ob denn dieses türkische Islammodell für Deutschland richtig sei. Es gab auf der Seite der muslimischen Verbände viele die gesagt haben, „wir wollen das türkische Islammodell nicht. Das ist uns zu restriktiv“. Dann gab es auf der nichtmuslimischen Seite Leute, die gesagt haben – insbesondere auf der deutschstämmigen Seite – „jetzt will man auch noch türkische Strukturen nach Deutschland holen. Es reicht nicht, dass wir hier schon 2,5 Millionen Türken haben. Jetzt soll auch das kommen.“ Ich denke, dass zeigt, wie schwierig die Situation ist.

Die Frage ist, „ist es ein Exportmodell?“ Wir als Deutsch-Türkisches Forum erklären auch deutlich, dass wir nicht einen Türkei-Islam meinen, wenn wir von einem türkischen Islammodell sprechen. Sondern wir wollen einen Islam, der sich in Deutschland etabliert und der sich in Deutschland entwickeln kann. Man kann das auch als einen deutschen Islam bezeichnen, sofern das geht. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, dass es in Deutschland auch eine Diskussion über den Begriff „Euroislam“ gibt: Die Bildung eines Islammodells, das eben über einzelne Ländergrenzen hinweg europäische Züge annehmen soll. Wir sind der Ansicht, dass das nicht funktionieren kann. Wenn man die einzelnen europäischen Länder miteinander vergleicht, stellt man fest, dass in diesen Ländern unterschiedliche muslimische Gruppen leben und das in diesen einzelnen Ländern unterschiedliche Strukturen vorhanden sind. Deswegen ist unser Ansatz auf ein Modell ausgerichtet, das auf Deutschland passt, auf Deutschland bezogen ist, das sich aber in den vorhin genannten drei Grundstrukturen eben das türkische Modell als Vorbild nehmen sollte.

Aber das ganze kann nur funktionieren, wenn es auf Deutschland angepasst wird. Wie kann das sogenannte türkische Modell auf Deutschland angepasst werden? Dabei ist vor allem wichtig, das Verhältnis des Staates zur Religion in Deutschland unabhängig vom Islam zu betrachten. Das Erste ist natürlich das Prinzip des Säkularismus, das Zweite ist die Religionsfreiheit. Das Dritte ist aber auch die Tatsache, dass der deutsche Staat zwar gegenüber der Religion neutral, aber nicht wertneutral ist. Der vierte Punkt ist, dass der Staat in Deutschland mit den Religionsgemeinschaften in unterschiedlichen Bereichen zusammenarbeitet.

Allerdings gibt es dabei auch Grenzen, nämlich überall da, wo die freiheitlich-demokratische Grundordnung bedroht wird.

Betrachtet man all diese Punkte, kommt man zur entscheidenden Frage, „was ist zu tun“? Ich möchte versuchen, Ihnen mal fünf Punkte zu nennen, die unserer Ansicht nach wichtig sind, um einen deutschen Islam nach dem Vorbild des

türkischen Modells in Deutschland zu etablieren. Zunächst müssen wir dabei von 3,4 Millionen Muslimen in

Deutschland ausgehen. Davon sind ungefähr 2,6 Millionen türkischstämmige Muslime. In Deutschland gibt es rund 2.600 Moscheen oder Moscheevereine, Gebetsvereine und eine recht überschaubare Zahl von Dachverbänden, in denen der allergrößte Teil dieser Moscheen organisiert sind.

Allerdings haben wir, wenn wir uns auf die Strukturen beziehen, in Deutschland keinen Islam, der auch in Deutschland verwurzelt ist, insbesondere strukturell verwurzelt ist. Damit meine ich, die Dachverbände der Moscheen haben zwar Zentralen in Deutschland, werden aber zum größten Teil aus der Türkei geleitet, gesteuert, gelenkt. Beispielsweise die DITIB. Die Leitung ist angesiedelt bei der Diyanet (Oberstes Religionspräsidium). Dann gibt es den Verband der Islamischen Kulturzentren, ebenfalls eine Bewegung, die von der Türkei aus gesteuert wird.

Das heißt, trotz der Tatsache, dass wir eben solch eine hohe Zahl von Muslimen und Vereinen haben, gibt es in Deutschland eben keine Verwurzelung des Islam. Und deswegen denke ich, sind fünf Punkte wichtig, die angepackt werden müssen. Erstens, wir brauchen die Bildung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Wir brauchen also so etwas wie die Diyanet in der Türkei. Wir brauchen diese Körperschaft deswegen, um erstens einen Ansprechpartner auf muslimischer Seite zu haben. Wir brauchen diese Körperschaft aber auch deswegen, um auch eine religiöse Autorität in Deutschland auf Seiten des Islams zu schaffen.

Jetzt ist natürlich die spannende Frage, wie macht man das? Prof. Graf hat zum Teil darauf hingewiesen, dass diese Dachverbände, diese Vereine untereinander sehr stark zerstritten sind. Politiker sprechen immer wieder das Argument aus, „ach die müssen sich erst mal einigen und dann können wir miteinander reden“. Ich glaube, dass das nicht ausreicht. Ich glaube, dass Staat und Politik in Deutschland auch die Aufgabe haben, mehr Druck auszuüben. Ich glaube, dass gerade die Politik hier eine Moderatorenrolle übernehmen könnte. Ich denke in den außenpolitischen Beziehungen muss man mit der Türkei reden, dass sich hier die DITIB mit dem türkischen Staat, resp. Diyanet an einen Tisch setzt mit den anderen, zumindest mit den anderen größeren Verbänden. Anders wird man eine derartige Körperschaft nicht erzielen. Die einzelnen Dachverbände in ihren Spitzen streiten sich alle darüber und jeder behauptet, dass er derjenige sei, der den wahren Islam in Deutschland vertrete. Sie können aber davon ausgehen, dass die Realität vor Ort in den Gemeinden, gerade bei den Jüngeren mittlerweile anders aussieht, dass vor Ort oft eine Kooperation möglich ist. Aber wie gesagt, das wird in den Spitzen verhindert. Das muss sich ändern und ich denke, da hat die Politik in Deutschland, aber auch die Politik und der Staat in der Türkei eine verantwortungsvolle Rolle zu übernehmen.

Der zweite Punkt ist die Frage der Finanzierung. Wenn Sie mit den Moscheevorsitzenden reden, stoßen Sie immer auf Finanzierungsgrenzen. Ich denke, dass auch hier - ähnlich dem Modell der Kirchensteuer - der Staat

Modelle finden muss, wie so eine Finanzierung aussehen könnte. Die Moscheevereine in Deutschland finanzieren sich fast ausschließlich über Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Drittens, wir brauchen endlich eine islamisch-theologische Fakultät in Deutschland. Ich habe vorhin gesagt, dass wir keine Strukturen des Islam in Deutschland haben, die in Deutschland verwurzelt sind. Das hängt in erster Linie mit den Geistlichen, mit den Imamen zusammen, die zu einem wesentlichen Teil, wenn Sie den größten Verband, die DITIB nehmen, aus der Türkei kommen, für vier Jahre nach Deutschland gehen, also in Deutschland sehr provisorisch leben, natürlich das Land nicht kennen, die Sprache nicht beherrschen, die Probleme ihrer Gemeinde nicht kennen, aber einen enormen Einfluss haben. Die Imame sind in weiten Bereichen in den einzelnen Städten Führungspersonen der Gemeinde. Und deswegen ist das Modell, das wir derzeit haben, also Imame aus der Türkei oder aus anderen muslimischen Ländern nach Deutschland zu holen, längst veraltet. Es muss andere Modelle geben. Wir plädieren dafür, dass wir eben Imame aus dem Kreis der 3,4 Millionen Muslime in Deutschland ausbilden. Das wird automatisch dazu führen, dass natürlich der Austausch mit der deutschsprachigen Bevölkerung, mit der christlichen Bevölkerung, mit den Kirchen eine ganz andere Qualität bekommen wird, als es leider heute der Fall ist. Natürlich muss der Inhalt dieser Imamausbildung nicht durch den Staat geregelt werden, sondern es muss durch die Verbände, durch die Religionsgemeinschaften geregelt werden. Auch hier ist eben diese Frage der Körperschaft elementar wichtig.

Viertens, Religionsunterricht in Schulen. Das Thema ist diskutiert worden. Es muss zu diesem Punkt endlich Lösungen geben und ich meine, wir müssen uns an dem katholischen und evangelischen Religionsunterricht orientieren. Das heißt, auch hier darf nicht der Staat bestimmen was dort vermittelt wird, sondern auch dies muss durch die Religionsgemeinschaften organisiert werden. In der Türkei gibt es eine andere Form des Religionsunterrichtes. Insofern wäre das ein Punkt, wo ich klar sagen würde, wir müssen in Deutschland einen anderen Weg gehen als in der Türkei.

Der fünfte Punkt ist das Thema Religionsfreiheit. Das ist ein hohes Gut in der bundesdeutschen Tradition in Deutschland. Ich habe den Eindruck, dass wir, wenn wir das Thema Religionsfreiheit im Zusammenhang mit Muslimen und Islam diskutieren, das ganze in Deutschland nicht mehr ernst nehmen. Viele Dinge könnten hier genannt werden. Aber stellvertretend kann die Diskussion um das leidige Thema Kopftuch sehen. Wir beobachten, dass auf einmal sehr viele in Deutschland, die vielleicht vorher recht wenig mit Frauenrechten und Frauenemanzipation zu tun hatten, plötzlich zu großen Frauenrechtlern werden. Personen, die also sagen, dass Kopftuch gehört nicht in den öffentlichen Dienst oder sonst wo hin, weil das eben der Unterdrückung der Frau gleichzusetzen sei. Es wird zum Teil pauschalisiert. Die verschiedenen Ansichten werden sehr emotional vorgetragen, was die Diskussion in Deutschland umso schwieriger

macht. Natürlich wird in dieser Frage oft die Türkei als Vorbild genannt. Die Argumentationen beginnen so: „wenn sogar die Türkei selbst das Kopftuch verbietet, warum sollen wir denn...“. Ich kann und will gar nicht bewerten, wie es in der Türkei ist. Aber ich kann für Deutschland sagen, je stärker wir eine restriktive Handhabung dieses Kopftuchthemas führen, desto größer werden auch die Probleme sein, desto schlechter wird das Bild des Islam in Deutschland. Man kann sich darüber streiten, ob eine Lehrerin mit Kopftuch unterrichten darf oder nicht. Das ist eine besondere Fragestellung. Aber man spürt, dass es weiter geht, dass es ausgedehnt werden soll auf den öffentlichen Dienst. Und das führt natürlich dazu, dass insgesamt eine Antipathie gegen Frauen erzeugt wird, die Kopftücher tragen. Ich glaube der springende Punkt ist nicht, ob eine Frau ein Kopftuch trägt oder nicht, sondern der springende Punkt ist eigentlich, was sozusagen im Kopf drinnen ist.

Letzter Punkt bezieht sich auf die Frage, „ist das machbar?“. Ich glaube, dass Deutschland hier eine wichtige Chance hat. Das Thema Islam und die Frage „wie der Islam gelebt werden kann“ wird uns in der Weltpolitik im Allgemeinen die nächsten Jahre und Jahrzehnte begleiten. Das kann man, glaube ich, mit Sicherheit sagen. Ich denke, dass das Modell Türkei weltpolitischen Charakter hat und ich meine, dass auch Deutschland in diesem Zusammenhang eine Chance hat. Deswegen eine Chance hat, weil wir in Deutschland einen Islam haben, der eben sehr stark türkisch geprägt ist.

Wir müssen endlich zu einem Punkt kommen, an dem die Distanz zwischen Muslimen und Nichtmuslimen abgebaut wird und der Dialog zunimmt. Dafür ist es von elementarer Wichtigkeit, dass wir in Deutschland Strukturen schaffen, die auch diesen Dialog fördern. Derzeit sind die Strukturen andere. Das ist primär eine Aufgabe, die die deutsche Politik betrifft, aber auch die Türkei hat hier Verantwortung zu zeigen.